



# Informationen des Stadtverbandes

1-2022

## Mehr Qualität wagen

Mit „mehr Demokratie“ wurde es ja schon einmal versucht – und für so manche Mitbürger\*innen brachen Welten zusammen, damals, Ende der 1960-er Jahre, als erstmals ein Kanzler der SPD an der Spitze der Bundesregierung stand, und immer wieder der Gedanke um sich griff, die Sache mit der Demokratie könnte tatsächlich ernst gemeint sein.

Einige Kanzler\*innen später, auch solche aus der SPD, aber nicht nur, soll es nun um „mehr Fortschritt“ gehen, den man regierungsseitig zu wagen gedenkt, und zwar farbenfroh in jenen der Ampel.

Mit den Beschlüssen des Bremischen Gewerkschaftstages vom November 2021 erlauben wir uns für die kommende Zeit eine etwas andere Akzentuierung. „Mehr Qualität wagen“, so der Tenor unserer Beschlüsse, ist so gemeint, wie er sich anhört: Eine wohl gesetzte Provokation an die Fortschrittsgläubigen des Neoliberalismus, denen wir mit dem Demokratieversprechen der Landesverfassung, insbesondere Artikel 26, begegnen.

Schon unsere Pädagogische Woche 2022, die in der 24. Kalenderwoche stattfindet, wird praktisch aufschlüsseln, was unsere Überlegungen im Alltag unserer pädagogischen Tätigkeiten denn meinen.

Qualität, da sind wir uns sicher, muss sich an einer humanen Bildung orientieren, ein Menschenrecht hat sich an den Bedürfnissen der Menschen entlang zu entwickeln, Lern- und Arbeitsbedingungen müssen stimmen, die Lehrenden fundiert ausgebildet und qualifiziert sein. Reflektieren über das eigene Tun in der Gemeinschaft, Zeit zum Gewinnen von Erkenntnissen und Mitwirken

an einer solidarischen Gesellschaft – das wären so einige Leitlinien für inhaltliche Zuschnitte unserer Veranstaltungen, welche die Verabredungen im Landesverband konkretisieren.

Mehr und mehr sind wir uns sicher, dass es in der Aktualität einer verunsichernden Situation für eine Gewerkschaft notwendig ist, sich ihrer Grundeinschätzungen zu vergewissern. Als im Jahre 2001 der damalige Bundesgewerkschaftstag „Schulpolitische Positionen“ verabschiedete, gelang es, ein Programm zu entwerfen, welches die höchst unterschiedlichen Lebensbedingungen im „neuen Deutschland“ zum Ausgangspunkt macht.

Zwanzig Jahre später beschlossen die Bundesgremien auf Anregung der Landesverbände Hamburg und Bremen nunmehr, diese Positionen einer Überprüfung zu unterziehen. Es soll uns damit gelingen, das in den letzten Monaten notwendigerweise kurzfristig angelegte Handeln wieder mehr mit einem bildungspolitischen Rahmen zu versehen. Gedacht ist dieses durch die Einberufung sog. Regionalkonferenzen, die ihre Legitimation durch die Anregungen aus den Stadt- und Kreisverbänden finden. Wir kommen also auf euch zu!

Mit „Mehr Qualität wagen“ werden wir die politischen Entscheidungsträger\*innen herausfordern. Wirklichen Fortschritt kann es nur in einer Gesellschaft geben, in der die Würde der Menschen geachtet wird.

**In diesem Sinne wünscht euch der Stadtverbandsvorstand ein gutes neues Jahr.**



# Informationen des Stadtverbandes

1-2022

## Verantwortung sieht anders aus

### Kommentar zur Tarifrunde 2021

#### Ablauf der Tarifrunde 2021

Nach den ersten beiden Verhandlungsrunden war die Bilanz ernüchternd. Die in der Tarifgemeinschaft deutscher Länder (TdL) zusammengesetzten Arbeitgeber aller Bundesländer außer Hessen hatten bis zur letzten Runde Ende November zu keiner gewerkschaftlichen Forderung ein Angebot vorgelegt. Das bedeutete: Zwei Monate Aussitzen und barsches Zurückweisen aller Forderungen als nicht realistisch. Das Ziel des Verhandlungsführers der TdL, Niedersachsens Finanzminister Reinhold Hilbers (CDU), bestand darin, eine Nullrunde durchzusetzen. Die Forderung nach mehr Gehalt passe überhaupt nicht zur wirtschaftlichen Lage in der jetzigen Situation, so die Arbeitgeber.

#### Leistungen in Corona-Zeiten

Dabei ignorierten sie, dass es die Beschäftigten des öffentlichen Dienstes aus der Verwaltung, im Gesundheitswesen und in den Schulen und Kitas waren, die in der Coronapandemie das Land am Laufen hielten. Sie blendeten ebenfalls aus, dass es seit Jahren die Arbeitgeberseite ist, die die Beschäftigten mit der Forderung nach langen Vertragslaufzeiten immer wieder bedrängt. Lange Laufzeiten aber verschlechtern die Verhandlungssituation der Arbeitnehmer. Dass unsere Kernforderungen nach fünf Prozent mehr Gehalt, mindestens jedoch 150 Euro monatlich mehr, angesichts der Inflation, die die fünf Prozent-Marke zum Verhandlungszeitpunkt fast erreichte, eine der Gesamtsituation angemessene Forderung war, ist sachlich abgeleitet. Hier hätten gerade die staatlichen Arbeitgeber ein Zeichen für das Ankurbeln der Wirtschaftskreisläufe zum Ende der Pandemie setzen und Vorbild für zukünftige Tarifauseinandersetzungen in anderen

Wirtschaftsbereichen sein können. Immerhin ging es in der Tarifrunde um 1,2 Millionen Beschäftigte. Diese Chance wollten sie aber nicht nutzen. Vielmehr zeichnet sich ab, wer die Kosten der Pandemie tragen soll.

#### Blockade neuer Strukturen

Ebenso blockierten die Arbeitgeber jegliche Gespräche über die Weiterentwicklung der Lehrkräfte-Entgeltordnung, die Einführung eines Tarifvertrages für Studierende und die stufengleiche Höhergruppierung, wie sie im TVöD und bei den Beamtinnen und Beamten lange stattfindet. Für uns seit Jahren ein Dauerthema. Damit halten sie weiterhin an einer gewollten Ungleichbehandlung im öffentlichen Dienst und einer weiter anhaltenden Ungerechtigkeit in der Entlohnung an den Hochschulen fest.

#### Blockade als Strategie

Die Blockadehaltung der Arbeitgeberseite bis zur letzten Verhandlungsrunde ist im öffentlichen Dienst kein Neuland. Schon in den letzten Tarifauseinandersetzungen im TVöD und im TV-L gab es diese strategische Ausrichtung. Nach dem Motto: Zeigt doch erstmal, wie leidensfähig und kampfbereit ihr seid, nötigten die Verhandlungsführer der TdL die Gewerkschaften dazu, die Beschäftigten zu umfangreichen Arbeitskämpfmaßnahmen aufzurufen.

#### Arbeitskampf während der Pandemie

Die Kolleg:innen wiederum wissen aus der Vergangenheit, dass der Tarifkampf darüber entschieden wird, wie hoch die Streikbereitschaft und der Mobilisierungsgrad unter den Beschäftigten ist. Nette kreative Aktionsformen allein reichten in den letzten Jahren nicht aus, um die Arbeitgeber im öffentlichen Dienst zu beeindrucken. So



## Informationen des Stadtverbandes

### 1-2022

musste es zwangsweise zu Warnstreikaktionen in den Wochen vor der letzten Verhandlungsrunde kommen. Zehntausende Lehrkräfte, Hochschullehrende, studentische sowie im Sozial- und Erziehungsdienst Beschäftigte aus dem Organisationsbereich der GEW waren an den Warnstreikaktionen beteiligt – nicht einfach unter strikter Einhaltung der Corona-Regeln. Streik-Schwerpunkte gab es etwa in Berlin, Hamburg, Nordrhein-Westfalen, Sachsen-Anhalt, Niedersachsen und Bremen. Auch die Bremerhavener GEW-Kolleg:innen folgten dem bundesweiten Warnstreikaufruf und beteiligten sich an zwei Warnstreiktagen an den Aktionsformen.

### FDP gießt Öl ins Feuer

Begleitet wurden die Streiks durch die angebliche Fassungslosigkeit der Bremer Landes-FDP, die den Kolleg:innen vorwarf mit den Warnstreiks verantwortungslos zu handeln. Abgesehen von dem Versuch, aktiv auf die Tarifaufeinandersetzung Einfluss zu nehmen und die Tarifautonomie der Tarifparteien zu ignorieren, scheint man hier auch eine Verschiebung der Verantwortung vornehmen zu wollen. Mit einer verantwortungsvollen Verhandlungsbereitschaft hätte die TdL von Beginn an Warnstreiks verhindern und ihre gesellschaftliche Verantwortung wahrnehmen können. Auch in den Schulen wurde kontrovers diskutiert. Keine Lehrkraft machte es sich leicht in der schon sehr belastenden Pandemiesituation in den Schulen in einen Arbeitskampf zu treten. Die Blockadehaltung der TdL provozierte diesen aber.

### Das Ergebnis

Letztendlich übernahmen die Gewerkschaften mit dem Abschluss eines Tarifergebnisses, welches mit einer Entgelterhöhung von 2,8 Prozent über zwei Jahre und einer Corona-Sonderzahlung von 1300 Euro eher als mau zu bezeichnen ist, die

gesellschaftliche Verantwortung. Die Beschäftigten akzeptieren zu Gunsten der öffentlichen Haushalte einen Kaufkraftverlust bei steigender Inflation in den nächsten Jahren.

In der zunehmend angespannteren Personalsituation in allen Bereichen des öffentlichen Dienstes müssen sich die öffentlichen Arbeitgeber und die politischen Entscheider zukünftig darüber im Klaren sein, dass der eingeschlagene Weg der Blockadehaltung in Tarifaufeinandersetzungen keine Wertschätzung ausdrückt und eine versäumte Weichenstellung für eine gute Personalentwicklung darstellt. Echte Verantwortungsübernahme sieht anders aus. Gelegentliches Lob genügt nicht: Wirkliche Wertschätzung spiegelt sich auch im Tarifvertrag!

### A13 nun auch für alle Lehramtsanwärter:innen

Der letzte große Schritt zu A13 wurde **eigentlich** am 1. August 2021 getätigt. Alle verbeamteten Lehrkräfte werden seitdem in die Besoldungsgruppe A13 eingruppiert und auch die angestellten Lehrkräfte konnten von einer Höhergruppierung in der Entgelttabelle profitieren. **Eigentlich!** Überrascht mussten wir im November bei einem Gespräch mit den Referendar:innen feststellen, dass es dort immer noch keine Anpassung der Anwärterbezüge gab und viele der Grund- und Oberschulreferendar:innen weiterhin benachteiligt besoldet werden. Umgehend setzten wir uns mit der Personalverwaltung des Landesinstitutes in Verbindung und stellten dabei fest, dass eine Besoldungsanpassung der Anwärterbezüge bis dato versäumt wurde. Nach internen Prüfungen bis in die senatorischen Behörden kam es noch vor den Weihnachtsferien zur Klärung.

Somit werden alle betroffenen Referendarinnen und Referendare **rückwirkend** ab dem **01.08.2021** angepasst und erhalten auch



## Informationen des Stadtverbandes

1-2022

Anwärterbezüge nach A13. **Die Umsetzung, inklusive Nachzahlung, erfolgt laut Performa Nord voraussichtlich mit den Bezügen für den Monat Februar 2022.**

Ein voller Erfolg für die Referendar:innen und für die GEW! Es zeigt sich auch hier wieder einmal, wie wichtig es ist in der GEW organisiert zu sein.

Herzlichen Dank an alle Spenderinnen und Spender!

Die Sammlung für die **GEW-Stiftung "Fair Childhood"** ist für das vergangene Jahr mit einem Ergebnis von

**1.916,18€**

abgeschlossen worden. Dies ist unser bestes Resultat in den vergangenen acht Jahren.

### Schon ´mal vormerken

Im Jahre 2022 findet unsere Pädagogische Woche **in der 24. Kalenderwoche** statt.

Wir planen unsere **Eröffnungsveranstaltung** für den **13. Juni**, die **Workshops** für die anschließenden drei Tage.

Eine weitere Abendveranstaltung ist vorgesehen für den **15. Juni**:

**Anja Bensinger-Stolze**, Mitglied des Geschäftsführenden Bundesvorstandes der GEW, wird zu den Schulpolitischen Positionen unserer Organisation sprechen.

### Schon ´mal vormerken:

**Do., 27. Januar, 16 Uhr,**  
**Sitzungssaal im Gewerkschaftshaus**  
Fachgruppe Schulsozialarbeit

**Do., 10. Februar, 15.30 Uhr,**  
**Neue Oberschule Lehe**  
Gemeinsame BG-Sitzung der Oberschulen